

## Egerszegi fordert Meldepflicht bei Kenntnis von sexuellen Übergriffen

FDP-Ständerätin Christine Egerszegi fordert eine Meldepflicht für Gesundheits- und pädagogisches Personal, wenn es Kenntnis von sexuellen Übergriffen erhält. Sie ist Schirmherrin der Stiftung Linda, die Opfer von sexuellem Missbrauch in öffentlichen und privaten Institutionen unterstützt. Egerszegi hat vor zwei Wochen mit dem Justizdepartement Gespräche geführt. «Eine Meldepflicht müsste entweder über das Opferhilfe- oder das Strafgesetz eingeführt werden.» Laut Werner Tschan, Wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Linda, berichten zwei Drittel der Behinderten in Befragungen von Übergriffen, vorwiegend sexueller Art. Er geht von einer hohen Dunkelziffer aus und rechnet aufgrund internationaler Zahlen mit jährlich 15 000 sexuellen Übergriffen allein im Gesundheitswesen. Rund 3 bis 4 Prozent des Personals begehe Übergriffe. Für Linda-Stiftungsratspräsidentin Verena van den Brandt «muss sexueller Missbrauch genauso meldepflichtig werden wie eine gefährliche Krankheit». Nur so könnten Opfer unterstützt und Täter allenfalls therapiert werden. Hanspeter Kuhn von der Ärztevereinigung FMH zieht ein Melderecht einer -pflicht vor: «Beim Melderecht kann der Patient alles sagen und später entscheiden, wie es weitergeht. Bei einer Meldepflicht läuft die Maschinerie an.»